

**Rede
Herrn Minister Andreas Krautscheid**

**„Die Bedeutung der EU-Strukturpolitik
für das Land Nordrhein-Westfalen“**

anlässlich der Veranstaltung

**„Die Umsetzung der europäischen Strukturpolitik in Nordrhein-
Westfalen und ihre Zukunft nach 2013“**

am 13. Januar 2010

**in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der
Europäischen Union, Brüssel**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Begrüßung

**ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Landesvertretung in
Brüssel. Zunächst möchte ich Ihnen allen ein gutes Neues Jahr
wünschen. In diesem Jahr stehen viele wichtige europäische
Themen auf der Agenda. Zunächst gilt es, den Vertrag von
Lissabon weiter umzusetzen. Es sind noch viele Details zu
regeln, wie die konkreten Aufgaben des Europäischen Aus-**

wärtigen Dienstes. Eine neue Kommission wird in Kürze ihr Amt antreten.

Die neue Kommission wird sich in den nächsten Monaten zur Reform des EU-Haushaltes äußern. Eng damit verknüpft ist die Zukunft der europäischen Strukturpolitik nach 2013. Auch die Debatte hierüber wird sich in 2010 intensivieren.

Ich habe Sie in die Vertretung Nordrhein-Westfalens bei der EU eingeladen, weil wir auf langjährige Erfahrungen bei der Umsetzung der Strukturpolitik zurückgreifen können, insbesondere bei der industriellen Erneuerung und der Förderung von Innovationen. Nordrhein-Westfalen hat von Anfang an insbesondere an Ziel 2 der Europäischen Strukturfonds partizipiert und dabei stets den Anspruch verfolgt, deren konzeptionelle Weiterentwicklung aktiv zu begleiten. Als großes Industrieland im Zentrum Europas hat Nordrhein-Westfalen einen beachtlichen Wandel von einer stark durch den Bergbau, die Stahl- und die Textilindustrie geprägten Region zu einer Technologieregion geschafft. Es hat aber auch mit innovativen Ansätzen in seiner Strukturförderung wie der konsequenten Einführung eines Wettbewerbsverfahrens neue Maßstäbe gesetzt.

Wir möchten daher unsere Erfahrungen und unsere Vorstellungen auch in die aktuelle Debatte über die Zukunft der Strukturpolitik einbringen.

Zur Studie

Als einen Beitrag für die laufende Debatte hat die nordrhein-westfälische Landesregierung die zentralen Ergebnisse und Wirkungen der bisherigen Ziel 2-Förderung in Nordrhein-Westfalen systematisch in einem Gutachten aufarbeiten lassen. Es steht im Mittelpunkt der heutigen Veranstaltung.

Mit dem Gutachten wollen wir auch die EU-Kommission dabei unterstützen, vertiefte Kenntnis über die konkreten Ergebnisse der Strukturförderung in den Regionen zu erlangen.

Die Studie blickt nicht nur zurück, sondern auch nach vorne. Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen formuliert sie auch Anforderungen an die EU-Strukturpolitik nach 2013.

Die Studie wird von Herrn Prof. Gerhard Untiedt, Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen in Münster, und Herrn Dr. Michael Ridder, MR Gesellschaft für Regionalberatung in Bremen, erstellt. Ich freue mich sehr, dass Ihnen Herr Prof. Untiedt im Anschluss die Ergebnisse des Gutachten präsentieren wird. Zugleich bin ich sehr gespannt auf Ihr Feedback.

Rahmenbedingungen / Stand der Debatte in Deutschland

Wir diskutieren in Deutschland bereits seit einiger Zeit über die Zukunft der europäischen Strukturpolitik. Die Bundesregierung

und die Ministerpräsidenten der Länder sind sich einig, dass die Strukturförderung der EU wie bisher einerseits auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten und Regionen der EU konzentriert, andererseits aber in gewissem Umfang auch weiterhin für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den übrigen Regionen eingesetzt werden soll.

Am 16. Dezember 2009 haben die Regierungschefs der deutschen Länder im Beisein der Bundeskanzlerin diese Position in einem Eckpunktepapier festgelegt. Damit haben sie zugleich ihre Beiträge für die Konsultationen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Strukturpolitik in 2008 und zum Grünbuch Territoriale Kohäsion in 2009 bestätigt.

Dies ist eine ausgewogene Linie, die sowohl von den westdeutschen als auch von den ostdeutschen Ländern getragen wird, und den Erfordernissen der Unterstützung der weniger entwickelten Regionen in Europa wie auch der Regionen, die in einem intensiven wirtschaftlichen Anpassungsprozess stehen, gerecht wird. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat an dieser Positionsfindung maßgeblich mitgewirkt.

Beitrag zur Lissabon-Strategie bzw. zur Post-Lissabon-Strategie „EU 2020“

Das Thema der heutigen Veranstaltung steht in engem Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie.

Übermorgen läuft die Konsultationsfrist der Kommission hierzu ab. Die deutschen Länder werden sich daran mit einer gemeinsamen Stellungnahme beteiligen. Darin befürworten sie die Fortführung einer gemeinsamen europäischen Entwicklungsstrategie. Dies unterstütze ich sehr. Eine solche Strategie setzt den notwendigen Rahmen, um die Anstrengungen der Gemeinschaft, der Mitgliedstaaten und Regionen auf die wichtigsten Zukunftsaufgaben zu fokussieren und zu bündeln.

Leider hat die Kommission in ihrem Konsultationspapier die Beiträge der Regionen und der EU-Strukturpolitik zu wenig berücksichtigt. Der Beitrag der Regionen ist aber unverzichtbar für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Denn sie tragen in vielen Ländern die Hauptverantwortung für Bildung, für Forschung und Wissenschaft, für Energieeffizienz und Umwelttechnologien und für eine leistungsfähige Verwaltung. In Deutschland und in einigen anderen Mitgliedstaaten haben sie dafür eigene Gesetzgebungskompetenzen, in anderen Ländern wirken sie an der Durchführung mit. Es war deshalb schon ein großer Fehler, dass die Regionen in der bisherigen Lissabon-Strategie vernachlässigt wurden.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens dokumentiert ihren Beitrag zur Umsetzung des deutschen Reformprogramms und zur Lissabon-Strategie in einem eigenen Maßnahmenkatalog. Der Katalog ist sehr umfangreich, er umfasst ebenso den Ausbau der Kindertagespflege wie die Hochbegabtenförderung, den Bürokratieabbau und die Unterstützung wichtiger Cluster in Nordrhein-Westfalen.

Auch zur Umsetzung der Post-Lissabon-Strategie „EU 2020“ wird die Landesregierung einen engagierten eigenen Beitrag leisten.

Die Strukturpolitik ist in dieser Förderperiode stark an den Zielen der Lissabon-Strategie ausgerichtet worden. Neben das Ausgleichsziel der Strukturpolitik ist damit das Wachstumsziel getreten. Dies war ein wichtiger und richtiger Schritt.

Mit den Strukturfondsmitteln fördern Nordrhein-Westfalen wie die anderen Regionen unter dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ Innovationen und eine wissensbasierte Wirtschaft vor Ort. Sie tragen damit wesentlich dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Auch zukünftig muss die Strukturpolitik auf Wachstum in Europa und die Umsetzung der Nachfolgestrategie der Lissabonagenda ausgerichtet werden.

Strukturpolitik versus Forschungsrahmenprogramm

Ich möchte an dieser Stelle mit einem Vorurteil aufräumen, das oft in Brüssel und in vielen Hauptstädten der Mitgliedstaaten zu hören ist. Nach diesem Vorurteil sind die Strukturfonds der EU für die alten Strukturen, für das Unmoderne, für die Bewältigung der Probleme von gestern zuständig, während die Forschungsprogramme der EU die neuen Industrien und damit die Zukunft Europas fördern. Dieses Vorurteil entspricht nicht der Realität und Nordrhein-Westfalen ist ein guter Beleg dafür.

Es ist richtig, dass das Forschungsrahmenprogramm Exzellenz in Europa fördern soll. Das ist auch ganz wichtig, damit Europa wissenschaftliche und technologische Spitzenleistungen in einem globalen Maßstab erbringt. Wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Neuentwicklungen müssen aber auch in marktreife Produkte umgesetzt werden, damit hieraus Wachstum und Arbeitsplätze entstehen können. Die Exzellenzförderung muss also durch eine technologische Breitenförderung ergänzt werden.

Hierzu sind die Strukturfonds das besser geeignete Instrument. Sie fördern Innovationen in der Breite, sie konzentrieren sich auf die praktische Anwendung und auf den Transfer und sie nutzen und unterstützen die endogenen Entwicklungspotenziale der Regionen. Nicht zuletzt erreichen die Strukturfonds weit besser die kleinen und mittleren

Unternehmen, die für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung von entscheidender Bedeutung sind.

Die Ausgangsbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit unterscheiden sich sehr stark zwischen den Regionen. Daher wäre es völlig falsch, hierfür zentral von Brüssel aus einen einheitlichen Politikansatz zu wählen.

Die Regionen können dies viel besser, denn sie kennen die regional unterschiedlichen Ausgangsbedingungen vor Ort. Auch lässt sich direkt vor Ort am Besten die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Einrichtungen verwirklichen.

Nur ein regionaler Ansatz ermöglicht eine Strukturförderung, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Potenziale vor Ort zugeschnitten ist. Nur im Rahmen einer regionalen Strukturförderung können sich lokale Akteure aus Wirtschaft, Forschung und aus den Kommunen zusammenfinden und passgenaue Lösungen für die jeweilige Region entsprechend ihrer Stärken und Schwächen entwickeln.

Die regionale Feinabstimmung und der Einbezug der regionalen Akteure finden vor dem Hintergrund eines einheitlichen europäischen Rahmens statt. Das ist intelligente Mehrebenenpolitik. Sie ist der Komplexität von Wachstums- und Entwicklungsprozessen in Europa angemessen.

Strukturpolitik ist also zumindest bei uns in Nordrhein-Westfalen nichts anderes als regionale Innovationspolitik. Ich bin mir sicher, dass das auch für viele andere Regionen gilt.

Damit soll und kann die Strukturpolitik das Forschungsrahmenprogramm nicht ersetzen. Wir brauchen beide Ansätze, eine zentrale Exzellenzförderung und eine dezentrale Förderung der regionalen Innovationspotenziale. Beide Ansätze ergänzen sich.

Beitrag zur Bewältigung der „neuen Herausforderungen“

Die Europäische Union muss sich heute vielen gewichtigen neuen Herausforderungen stellen. Dazu gehören insbesondere der Klimawandel und der Klimaschutz, dazu zählen auch der demografische Wandel und die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie werden in den kommenden Jahren eine große Rolle spielen.

Bevor man zur Bewältigung neuer Herausforderungen über neue Finanzierungsinstrumente nachdenkt, sollte man sich zuerst einmal fragen, ob nicht auch vorhandene dafür geeignet sind. Mit der Strukturpolitik verfügt die EU über ein Instrumentarium, das geeignet ist, auch die neuen Themen aufzugreifen. Die Strukturpolitik war bisher schon in dieser Hinsicht sehr flexibel, wie man bei der Lissabon-Strategie gesehen hat. Sie kann auch an neue Herausforderungen angepasst werden.

Nordrhein-Westfalen ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die Strukturpolitik bereits jetzt für den Klimaschutz genutzt werden kann. Jedes zweite ausgewählte Projekt in dem Förderschwerpunkt „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“ des nordrhein-westfälischen EFRE-Programms fördert bereits jetzt Öko-Innovationen und Maßnahmen zur Stärkung der Energieeffizienz und zur Entwicklung erneuerbarer Energien, also Innovationen, die dem Klimaschutz dienen. Der Klimawandel und der Klimaschutz werden auch zukünftig im Rahmen der Strukturpolitik eine wichtige Rolle spielen.

Beim demografischen Wandel beispielsweise hilft die Strukturförderung, in dem sie die Attraktivität der Regionen insgesamt stärkt oder indem sie - mit Hilfe des ESF - die Entwicklung der Humanressourcen fördert.

Bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie stellt das Earmarking sicher, dass ein großer Teil der Strukturfondsmittel auch tatsächlich im Sinne die Lissabon-Agenda eingesetzt wird. Auf das Earmarking könnten wir auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen zurückgreifen.

Mit den Strukturfonds haben wir ein funktionierendes Instrumentarium, das dem europäischen Mehrebenensystem gerecht wird und das wir durch einen intelligenten Erfahrungsaustausch der Regionen untereinander ständig verbessern.

Umsetzungsfragen/Vereinfachung

Es gibt Reform- und Verbesserungsbedarf: Das betrifft etwa die Umsetzungsverfahren. Eine „Task Force“ aus Experten der Kommission und der Mitgliedstaaten hat hierzu für die laufende Finanzperiode wichtige Beiträge geleistet. Es gibt aber noch immer viel Vereinfachungspotenzial, das in der nächsten Finanzplanungsperiode angegangen werden sollte.

Gerade wenn es um die Förderung von Innovationen geht, ist eine schnelle, möglichst unbürokratische Umsetzung besonders wichtig. Die Strukturpolitik muss näher an den Akteuren ausgerichtet werden. Dann können sie von den Fördermöglichkeiten noch besser profitieren und diese in innovative Projekte umsetzen, die Europa als Ganzes voranbringen. Nordrhein-Westfalen wird der Kommission gerne auch in Zukunft Vereinfachungsvorschläge unterbreiten.

Mit der Einführung von Innovationswettbewerben hat das Land Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt hin zu einem effizienten und zielgenauen Mitteleinsatz getan. Die Wettbewerbe werden insbesondere zur Förderung wichtiger Landescluster eingesetzt. Die Mittel werden nur für die innovativsten und besten Projekte vergeben, die von einer unabhängigen Jury ausgewählt werden. Damit stärken wir gezielt die Stärken und Wachstumspotenziale im Lande.

Ich möchte Herrn Prof. Untiedt aber nicht vorgreifen. Er wird Ihnen nun näher über die Umsetzung und die Ergebnisse der

europäischen Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen und die Schlussfolgerungen für die nächste Förderperiode berichten. Ich hoffe, dass auch Sie davon überzeugt werden, dass gerade die Strukturförderung in den stärkeren Regionen einen Mehrwert für ganz Europa bringt. Darauf sollten wir in der nächsten Förderperiode nicht verzichten.